Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 27.06.2018, S.17

K+S: „Chancen für Giesen sinken“

Konzern empört über Pläne des Kreistags / Levonen hofft auf Vermittlung des Landes

Von Tarek Abu Ajamieh

Giesen/Kreis Hildesheim. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Düngemittelkonzern Kali und Salz (K+S) das Giesener Bergwerk wieder in Betrieb nimmt, sinkt. Das hat das Unternehmen gestern erklärt, als die HAZ nach einer Stellungnahme zum Kreistags-Beschluss von Montag fragte.

Das Gremium hat wie berichtet mit großer Mehrheit dafür votiert, eine Kanzlei von Fachanwälten mit einem Gutachten zur Kali-Frage zu beauftragen. Die von Landrat Olaf Levonen und der Kreisverwaltung angestrebte Entscheidung zur Salzwasser-Einleitung in die Innerste, die Voraussetzung für die Genehmigung des Bergwerk-Neustarts insgesamt ist, kam hingegen nicht zustande.

„K+S sieht mit Unverständnis, dass die Herstellung des wasserrechtlichen Einvernehmens als letzter offener Punkt für die Entscheidung des Planfeststellungsantrages weiterhin in nicht mehr nachvollziehbarer Weise durch den Kreistag verzögert wird“, wetterte Pressesprecher Ulrich Göbel. „Die Realisierungschancen für die Wiederaufnahme der Kaliproduktion im Werk Siegfried-Giesen, das in unmittelbarer Konkurrenz zu vergleichbaren Projekten an anderen Standorten steht, leiden massiv unter einem derartigen Mangel an berechenbaren Rahmenbedingungen.“

Dass die Mehrheitsgruppe von SPD und CDU – in dieser Frage unterstützt von Grünen, AfD und Linken – nun ein juristisches Gutachten zu Abbaurückständen und Salzwasser sowie zum Stand der Technik einholen wolle, „führt das bisherige Verwaltungsverfahren ad absurdum“, so Göbel weiter.

K+S habe schon vor Beginn der offiziellen Verfahren die Öffentlichkeit informiert, danach seien die Pläne im Jahr 2013 in einem Raumordnungsverfahren und seit 2015/2016 in einem Planfeststellungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung erörtert worden. Auch danach habe der Konzern „auf immer wieder neue Anforderungen Dritter und der Mehrheitsfraktionen zusätzliche Informationen und Stellungnahmen geliefert“.

SPD und CDU sehen aber wie berichtet zentrale Fragen weiter ungeklärt und wollen sich „weiter von niemandem unter Druck setzen lassen“, wie Marc Ehrig (SPD) am Montag im Kreistag betont hatte. Landrat Levonen hofft unterdessen, dass das Land Niedersachsen durch zusätzliche Abkommen und Auflagen abseits des amtlichen Genehmigungsverfahrens einen Weg findet, Kreispolitik und Konzern zu Kompromissen zu führen.

Niederschlagswasser enthält kein Salz

Die Firma K+S weist darauf hin, dass es sich bei dem 2016 zu viel in die Innerste eingeleiteten Wasser ausschließlich um nicht salzhaltiges Wasser handele. Wie berichtet, wurden 2016 insgesamt 47 775 Kubikmeter Niederschlagswasser in den Fluss eingeleitet – 19 Prozent mehr als erlaubt. Grund dafür war ein fehlerhaftes Messsystem. Dieses Niederschlagswasser enthält aber nach Angaben von K+S-Sprecher Ulrich Göbel kein Salz, da es nicht vom Kaliberg stamme, sondern vom übrigen Werksgelände. *skn*